

Fraktion DIE LINKE. im
Sächsischen Landtag
#sogehtsolidarisch Ende
Februar 2022

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag



Liebe Leserin, lieber Leser,

Krieg in Europa – es braucht nicht viele Worte, um auszudrücken, was diese Schlagzeile in uns allen auslöst. Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch die letzte Illusion zerstört, dass die Friedensordnung in ganz Europa garantiert wäre. Krieg ist nie eine Lösung, aber immer eine menschliche Katastrophe, und auch dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen.

Wenn der Brand eingedämmt werden soll, gibt es nur einen einzigen Ausweg: den an den Verhandlungstisch, so weit dieser Weg momentan auch erscheinen mag. Dafür muss Russland seine Kampfhandlungen einstellen und sich auf das eigene Territorium zurückziehen. Sachsen muss indes dafür sorgen, dass geflüchtete Kriegsoffer unkompliziert zu uns kommen können und hier gut behandelt werden. Auch die Abgeordneten der Linksfraktion waren und sind bei Friedensaktionen aktiv. Wir werden darüber informieren.

Das bevorstehende Ende der meisten Seuchenschutzmaßnahmen wird zur Randnotiz. Wir warnen dennoch davor, im kommenden Sommer die nötige Vorsorge für den Herbst zu vernachlässigen.

Herzliche Grüße

Kevin Reißig, *Pressesprecher*

P.S.: Empfehlen Sie uns gerne weiter! www.linksfraktionsachsen.de/service/newsletter

Inhaltsverzeichnis

1. Erneuerbare Energieträger jetzt erst recht stärker nutzen
2. Schuldenschnitt für Stromsperren-Betroffene
3. Für einen echten Pflegebonus
4. Pendlerinnen und Pendler entlasten – durch ein gerechtes Mobilitätsgeld
5. Ersatzfreiheitsstrafen bringen nichts – mehr auf gemeinnützige Arbeit setzen!
6. Linksfraktion startet Großflächenkampagne zum 8. März
7. Ein Paket für Arbeits- und Gesundheitsschutz fehlt noch immer
8. Sicherheit zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht schaffen
9. Organspende-Register kommt mit Verspätung
10. Auch das gibt's

Erneuerbare Energieträger jetzt erst recht stärker nutzen

Nicht erst seit der Eskalation des Russland-Ukraine-Konflikts steigen die Energiepreise drastisch. Seit Oktober 2021 fordern wir ein Sofortprogramm „Energie darf nicht zum Luxusgut werden“. Um aus dem Teufelskreis der teuren fossilen Energieträger rauszukommen, müssen wir unsere Abhängigkeit von Kohle, Öl und Gas drastisch reduzieren. Das gelingt nur, wenn wir die erneuerbaren Energieträger endlich verstärkt nutzen. Doch gerade die sächsische CDU bremst diesen Ausbau – das muss aufhören!



Schuldenschnitt für Stromsperrten-Betroffene



Tekke, flickr.com, CC BY-ND 2.0

[Laut Bundesnetzagentur gab es 2020 fast 15.000 Stromsperrten in Sachsen.](#)

Wegen der stark steigenden Strompreise und massenhaften Kündigungen durch insolvente Billiganbieter droht sich das Problem zu verschärfen. Stromsperrten helfen niemandem, wir wollen sie verbieten – [und schlagen weitere Entlastungsmaßnahmen vor.](#) Für Härtefälle fordern wir einen Sozialfonds gegen Energiearmut, [wie er in](#)

[Katalonien möglich ist](#) – Schuldenschnitt inklusive. Die Einnahmen aus der CO₂-Abgabe müssen sowieso als [Klima-Gerechtigkeits-Dividende](#) an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt werden!

Für einen echten Pflegebonus

Nach langem Rumeiern haben sich SPD, FDP und Grüne auf Eckpunkte für einen Corona-Pflegebonus geeinigt. Mit maximal 550 Euro für Vollzeitkräfte fällt dieser aber zu gering aus, wenn man bedenkt, wie lange die Beschäftigten bereits unter der Pandemie leiden.



Sachsens Regierung muss gegenüber dem Bund für eine angemessene Zahlung eintreten. 1.300 Euro sind das Mindeste, dieser Betrag lässt sich auch begründen.

Pendlerinnen und Pendler entlasten – durch ein gerechtes Mobilitätsgeld



Ministerpräsident Kretschmer fordert eine höhere Pendlerpauschale und die Ampel-Koalition plant eine Erhöhung für Menschen mit besonders langem Arbeitsweg. Vor allem Haushalte mit kleinem und mittlerem Einkommen müssen tatsächlich dringend von den Mobilitätskosten entlastet werden. Die bisherige Pendlerpauschale aber ist sozial ungerecht und entlastet vor allem Menschen mit hohem Einkommen.

Stattdessen fordern wir ein

Mobilitätsgeld für alle Beschäftigten, das als fester Betrag pro Entfernungskilometer gezahlt wird und über der bisherigen Pauschale liegt. Finanziert werden kann es mit Einnahmen aus der CO₂-Steuer.

Ersatzfreiheitsstrafen bringen nichts – mehr auf gemeinnützige Arbeit setzen!

Wer eine Geldstrafe nicht zahlen kann, landet mit hoher Wahrscheinlichkeit am Ende im Knast – mit allen negativen Folgen. Klar ist: Wer Gesetze verletzt, muss sich dafür



Staubi59, via Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0

verantworten. Strafe darf aber kein Selbstzweck sein. Sie muss auch der Resozialisierung, dem Schuldausgleich und der Prävention dienen, damit sich die Betroffenen künftig gesetzestreu verhalten. Mit Ersatzfreiheitsstrafen, die wir als Gesellschaft teuer bezahlen, wird dieses Ziel verfehlt. Wir sollten verstärkt auf gemeinnützige Arbeit und die Entkriminalisierung klassischer Bagatelldelikte wie Beförderungerschleichung setzen.

Zuletzt hatte Justizministern Katja Meier diese Forderung aufgegriffen.

Linksfraktion startet Großflächenkampagne zum 8. März



Die Linksfraktion begleitet den diesjährigen Frauentag am 8. März mit einer Großflächenkampagne. An über 200 Standorten wird die Fraktion in der ersten Märzhälfte über ihre Arbeit für mehr Gerechtigkeit informieren. Das Motiv werden wir am 4. März online enthüllen. Stay tuned!

Ein Paket für Arbeits- und Gesundheitsschutz fehlt noch immer

Die Beschäftigten am Arbeitsplatz müssen von den Pandemiefolgen entlastet werden. Wir haben dazu Schritte vorgeschlagen und bekommen Unterstützung aus den Reihen der Beschäftigten. Die Corona-Maßnahmen, die der Freistaat bisher getroffen hat, waren und sind zumeist einseitig auf die Bedürfnisse der Unternehmen ausgerichtet. Für die Beschäftigten fehlt nach zwei Jahren Pandemie immer noch ein Arbeits- und



Gesundheitsschutz-Rettungspaket. Dabei geht es unter anderem um Arbeitszeitausgleich, das Kurzarbeitergeld und Pausen.

Sicherheit zur einrichtungsbezogenen Impfpflicht schaffen



Ministerpräsident Kretschmer ist mit der Forderung gescheitert, die einrichtungsbezogene Impfpflicht zu verschieben. Sachsen muss dieses schlechte Bundesgesetz also umsetzen und sich vorbereiten, auch auf den eher unwahrscheinlichen Fall, dass viele Fachkräfte tatsächlich ihren Job aufgeben sollten. [Erste Vorgaben hat die Staatsregierung zur Anhörung freigegeben](#). Die Versorgung muss

sicher bleiben und die Impfquote erhöht werden. [Wir setzen weiter auf persönliche Überzeugungsarbeit, niedrighschwellige Impfangebote und eine Bonus-Regelung.](#)

Organspende-Register kommt mit Verspätung

Der Bundesgesetzgeber hat die Organspende reformiert. Als Spendeperson gilt zwar auch künftig nur, wer aktiv seine Bereitschaft erklärt, allerdings soll diese Bereitschaft regelmäßiger erfragt werden. Das erforderliche Register kommt allerdings pandemiebedingt verspätet, [teilt die Staatsregierung mit](#). Das ist zwar nachvollziehbar, aber nicht zufriedenstellend. Wir vermissen jeden Elan, die Organspendenbereitschaft zu steigern.



Tim Reckmann, flickr.com, CC BY 2.0

Auch das gibt's



Nach Schmunzeln ist uns nicht zumute.

[Deshalb gibt es an dieser Stelle Platz für Friedensmusik.](#)

Impressum

Die Linke Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenau-Platz 1

01067 Dresden

Telefon: 0351 4935800

Fax: 0351 4935460

linksfraktion@slt.sachsen.de

Folgen Sie uns auf Facebook

Folgen Sie uns auf X

Folgen Sie uns auf Instagram

Folgen Sie uns auf Youtube

Folgen Sie uns auf Flickr

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich hier austragen:

[Newsletter abbestellen](#)